

Memorandum zur Ausbildungskrise – Startchancen für alle Jugendlichen – Zwanzig Empfehlungen

Das Forum Jugend - Bildung - Arbeit, eine Gruppe sachverständiger, unabhängiger Bürgerinnen und Bürger aus Wissenschaft, Verwaltung und sozialer Praxis legt der Öffentlichkeit Vorschläge vor, wie die Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit junger Menschen überwunden werden kann. Am 26. Juni 1998 wurde das Memorandum Herrn Bundespräsident Dr. Roman Herzog in Berlin überreicht.

Aus der Zusammenfassung:

Jugendprobleme sind Schlüsselprobleme der Gesellschaft. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen darf es nicht geben und braucht es in einer entwickelten Gesellschaft nicht zu geben. Die öffentliche Verantwortung für die nachwachsende Generation hat Priorität.

Jugendarbeitslosigkeit ist zwar Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit, muß aber gesondert betrachtet und behandelt werden. Der Kampf gegen die allgemeine Arbeitslosigkeit darf gleichwohl nicht nachlassen – er ist eine wichtige Voraussetzung für bessere Chancen auch der jungen Menschen. Das Forum Jugend - Bildung - Arbeit konzentriert sich in seinen Empfehlungen jedoch auf jugendspezifische Bereiche, und hier insbesondere auf kurz- und mittelfristig realisierbare und finanzierbare Maßnahmen gegen die Ausbildungslosigkeit.

Das Forum geht davon aus, daß die bisherigen Mittel, Appelle und Anstrengungen nicht mehr ausreichen und ein ‚Aussitzen‘ der Probleme nicht möglich ist. Auch eine verbesserte Konjunktur und ein demographisch bedingter Rückgang der jährlichen Bewerberzahl (vom Jahr 2005 an) werden die Probleme nicht lösen, weil sie strukturell verursacht sind.

Nur mit einer neuen, aktiven und vorausschauenden Ausbildungspolitik wird die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Beschäftigungsgipfels vom November 1997 erreichen. Wir brauchen eine neue Ausbildungspolitik,

- weil sich die seit mehr als einem Jahrzehnt andauernde Arbeitsmarktkrise zunehmend zulasten der jungen Generation, ihrer sozialen Integration und ökonomischen Selbständigkeit auswirkt,
- weil die positiven Auswirkungen einer zunehmenden Bildungsbeteiligung von bildungsfernen sozialen Schichten, von jungen Frauen und jungen Ausländern gefährdet sind,
- weil mangelnde Flexibilität und Anpassungsfähigkeit die Innovations- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Deutschland zunehmend infragestellen.

Bei seinen Empfehlungen hat sich das Forum von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

- Es gibt ein Bürgerrecht auf Ausbildung – die Verwirklichung dieses Rechts für alle Jugendlichen ist ein vorrangiges politisches Ziel.
- Das ‚duale Prinzip‘ in der Berufsausbildung – die gegenseitige Stützung von theoretischem Unterricht und Lernen in der Praxis – ist bewährt und weiterhin gültig. Das ‚duale System‘ – Ausbildung in Schule und Betrieb – ist jedoch heute an vielen Stellen ergänzungs- und modernisierungsbedürftig.
- Die festgefügtten Ausbildungsgänge mit ihren Abschlußprüfungen, die man besteht oder nicht besteht, müssen ergänzungsfähig, flexibel und differenzierbar werden, z.B. durch Zusatzqualifikationen oder auch Zwischenzertifikate. Sowohl die im Lernen starken wie auch die im Lernen schwachen Jugendlichen sollten bestmöglichst gefördert werden. Die Verschiedenheit der Begabungen und Ausbildungsschicksale, aber auch die Entstehung immer neuer



bungen und Ausbildungsschicksale, aber auch die Entstehung immer neuer Anforderungen, machen ein flexibleres System erforderlich.

- Selbständigkeit und eigene Verantwortung für den Berufs- und Lebensweg werden immer wichtiger. In einem komplexen Ausbildungs- und Erwerbssystem entsteht Selbständigkeit weder durch Alleinlassen noch durch rigide Lenkung. Deshalb ist eine die Jugendlichen begleitende Beratung und Förderung der Selbständigkeit eine der wichtigsten Aufgaben des Bildungs- und Sozialsystems.
- Alle Beschäftigungs- und Überbrückungsmaßnahmen für Jugendliche sollten Qualifizierungselemente enthalten, die auf eine aufzubauende Qualifikation angerechnet werden können. ‚Warteschleifen‘ und Überbrückungen ohne diese Qualität sollte es nicht geben.

Probleme der Jugend und ihrer Arbeits- und Berufschancen müssen im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehen. Politik und Verwaltung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Medien müssen Rechenschaft darüber ablegen, was sie für die Ausbildung, die Startchancen und die Integration der Jugendlichen tun wollen und können. Jede neue Bundesregierung muß mit den Ländern und Gemeinden sowie mit den Sozialpartnern umgehend ein Bündnis für Ausbildung beschließen. Das Forum geht davon aus, daß eine umfassende Reform des Bildungssystems kurzfristig politisch nicht realisierbar ist, daß aber durch die Umsetzung der folgenden zwanzig Empfehlungen die bestehenden Probleme deutlich verringert werden können.

Kurzfassung von zwanzig Empfehlung

Was muß sich ändern? – Struktur und Qualität der Ausbildung

- 1) Flexibilisierung: Flexibilität und Durchlässigkeit des Systems beruflicher Bildung müssen erhöht und die wechselseitige Anerkennung von Qualifikationen muß sichergestellt werden.
- 2) Modularisierung: Qualifikationselemente müssen anerkannt, ergänzt und zu vollwertigen Abschlüssen zusammengefügt werden; es soll mehr Transparenz durch einen Qualifizierungspaß geschaffen werden.
- 3) Modernisierung: Alle Ausbildungsgänge bedürfen einer Überprüfung ihrer Qualität und Arbeitsmarktrelevanz; es müssen auch weiterhin neue Ausbildungsgänge geschaffen werden.
- 4) Bürgerschaftliches Engagement: Junge Menschen, die sich für die Gemeinschaft engagieren, sollten hierdurch nachweisbare und anerkannte Qualifikationen erwerben. Was schafft Plätze? – Quantität und Qualität
- 5) Ausbildung über Bedarf: Betriebe, insbesondere solche, bei denen in Zukunft Arbeitskräftebedarf entstehen wird, sollten über den gegenwärtigen Bedarf hinaus ausbilden.
- 6) Neue Ausbildungsbetriebe: Betriebe, die der Ausbildung fern stehen und deshalb bisher nicht ausbilden, wie z.B. Service-Zentren, Zeitarbeitsfirmen, ‚Turnschuhunternehmer‘ oder Ausländerfirmen, müssen Ausbildungsbetriebe werden oder zumindest Praktika anbieten.
- 7) Ausbau der schulischen Ausbildungsgänge: Die schulischen Ausbildungsgänge müssen ausgebaut und mit der Praxis beruflicher Arbeit verbunden werden.
- 8) Ausbildungsverbände: Betriebe, denen die volle Ausbildungseignung fehlt, sollten sich zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen.
- 9) Tarifverträge: Ausbildungszusagen sollten in alle Tarifverträge aufgenommen werden.
- 10) Unternehmenskultur: Ausbildung gehört zur Unternehmenskultur, die u.a. auch durch öffentliche Selbstdarstellungen und bei öffentlichen Anhörungen Ausdruck finden sollte.



- 11) Subventionierung der Ausbildung: Die öffentliche Finanzierung betrieblicher Ausbildungen und Praktikumsplätze ist für besondere Gruppen sowie spezifische regionale und betriebliche Problemlagen für begrenzte Zeit notwendig.

Was hilft den Jugendlichen? – Sozialpolitische Aspekte

- 12) Chancengleichheit: Alle jungen Bürgerinnen und Bürger sollen eine Ausbildung erhalten, die ihrer Qualifikation und Motivation entspricht.
- 13) Ausbildungsvorbereitung: Jugendliche, die aufgrund von Bildungs- und Sozialisationsdefiziten eine Ausbildung nicht aufnehmen können, bedürfen einer gezielten Ausbildungsvorbereitung; die hierbei erworbenen Qualifikationen sollten zertifizierbar und anrechenbar werden.
- 14) Förderung während der Ausbildung: Die berufliche Erstausbildung von Jugendlichen mit ungünstigen bildungsmäßigen oder sozialen Voraussetzungen bedarf besonderer Förderung und muß zu anerkannten Ausbildungsabschlüssen führen.
- 15) ‚Zweite Chance‘ zum Berufsabschluß: Junge Menschen, die den Übergang in eine Ausbildung nicht geschafft oder eine Ausbildung abgebrochen haben, müssen eine ‚zweite Chance‘ erhalten. Jungen Menschen ohne Ausbildung sollte die Chance eines Abschlusses aufgrund ihrer Erwerbssarbeit gegeben werden.
- 16) Jugendberufshilfebetriebe: Jugendberufshilfebetriebe sind ein wesentlicher Beitrag zur Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher; ihr Ausbau sollte gefördert werden.
- 17) Ausländische Jugendliche: Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher ist für ihre Integration in den Arbeitsmarkt dringend erforderlich; sie leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration junger Ausländer.

Wer tut was? – Ausbildungspolitik vor Ort

- 18) Der Übergang in die Ausbildung als soziale und pädagogische Aufgabe: Schule und Jugendhilfe müssen den Übergang der Jugendlichen in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Beruf als ihre, auch gemeinsame Aufgabe begreifen.
- 19) Intensivierung und Vernetzung der Beratungsangebote: Bildungs- und Berufsberatung sollten frühzeitiger einsetzen und den Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit kontinuierlich begleiten. Die Wirksamkeit berufsorientierter Maßnahmen muß durch eine Vernetzung der unterschiedlichen Beratungsangebote verbessert werden.
- 20) Lokale Ausbildungspolitik: Eine eigenständige kommunale Ausbildungspolitik ist unerlässlich. Die Kommune sollte die Verantwortung für die Koordinierung aller Maßnahmen vor Ort übernehmen. Zur Unterstützung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe sind Konzepte alternativer Finanzierung gefragt.

